



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechszeiligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 453. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 2. Juli 1886.

Die ostasiatische Dampfschiffahrt.

§ Berlin, 1. Juli.

Die Festlichkeiten, die in Bremen bei Gelegenheit der Aussegnung des ersten Dampfers der subventionirten ostasiatischen Linie stattgefunden haben, haben zu einer Reihe von recht wunderlichen Neuheiten von Seiten der transatlantischen Schwärmer Anlass gegeben. Man stellt sich an, als sei nunmehr völlig erwiesen, wie thöricht die Gegner des Unternehmens gewesen seien, und als seien diese Gegner nun selbst schon beschämt und befehrt.

Was in aller Welt sollte sich denn an dem Urtheil über dieses Unternehmen geändert haben! Daß der Norddeutsche Lloyd, nachdem er sich nun einmal auf das Unternehmen eingelassen, seinen Verpflichtungen in der pünktlichsten Weise nachkommen würde, haben wir keinen Augenblick bezweifelt; daß die deutsche Werft, auf welcher er sein Schiff bestellte, dasselbe in tüchtigem Zustande liefern würde, ist uns gleichfalls zweifellos gewesen. In dem, was jetzt geschieht, liegt daher kein Grund, überrascht zu sein. Daß die Betheiligten den Beginn des Unternehmens feierlich und in frohlicher Hoffnung begreifen, begreifen wir, und unsere guten Wünsche begleiten das Unternehmen, da es nun einmal in das Leben gerufen ist.

Aber Alles das berührt doch nicht die principielle Seite der Frage, ob es richtig gewesen ist, zur Staatsunterstützung zu greifen, wo die Privatthätigkeit völlig auszureichen schien. Eingetroffen ist zunächst die Prophezeiung, daß die Privattheorie, welche bisher zwischen Bremen und Ostasien thätig war, die Segel vor der übermächtigen Concurrenz streichen würde. Daß die neue Linie den Handel zwischen Deutschland und Ostasien heben wird, läßt sich vor der Hand nicht beweisen und wird sich in vielen Jahren nicht, vielleicht niemals beweisen lassen. Gesezt, es trete der unwahrscheinliche Fall ein, daß in der That eine starke Hebung des Verkehrs stattfindet, so wird sich doch nie der Beweis führen lassen, daß diese Hebung ohne Staatssubvention nicht eingetreten wäre. Die Einwendungen, die wir gegen die Einmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten erheben, sind aus der Theorie entnommen und sind mit erfahrungsmäßigen Beweisen eben so schwer zu erhärten als zu widerlegen.

Wir haben seiner Zeit den Abschluß des Subventionsvertrages auf das Lebhafteste bekämpft; wir sind mit unserem Widerspruch unterlegen. Nun ist die Sache abgemacht und unabänderlich. Der Norddeutsche Lloyd wird seine Verpflichtungen erfüllen; das Deutsche Reich muß die seinigen erfüllen. Und bleibt nur der Wunsch übrig, daß die gebrachten Opfer möglichst gute Früchte tragen mögen. Am allerwenigsten haben wir Veranlassung gehabt, bei Gelegenheit der Probefahrt abellaunige Betrachtungen anzustellen. Aber es ist ungerathen, aus dem Schweigen der freisinnigen Presse bei dieser Gelegenheit den Schluß zu ziehen, daß sie ihren früheren Widerspruch verleugne.

Die Freunde der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik haben es sehr eilig, Triumphlieder anzustimmen. Ich begreife das vollständig. Was sie gegenwärtig versäumen, werden sie niemals nachholen. Wer nicht schon vor zwei Jahren den Erwerb von Unkraut zu Anlaß eines Festschmattes genommen hat, wird jetzt nicht mehr Gelegenheit haben, sich daran zu berauschen. Das Uebel ist nur, daß auch diejenigen, welche an keinem dieser Rausche irgend einen Antheil genommen haben, dem nicht werden entgehen können, von dem Rauschjammer ihr volles Maß mitzunehmen.

Erzwingen.*)

Aus dem Französischen von E. Reiter.

An Argentine erinnerte ihn nichts mehr als die vielen erdbeerfarbigen Briefblätter, die sie ihm, mit möglichst unorthographischen Bezeichnungen ihrer Liebe betitelt, überall nachsandte, und deren Inhalt meist in dem Verlangen irgend einer Rarität, die er ihr mitbringen sollte, gipfelte. Unergründlich warf er die duftenden Billets bei Seite, und wieder und wieder kehrten seine Gedanken zu Marcelle zurück, wie sie am Traualtar neben ihm gestanden, das Auge ernst und sinnend auf ihn gerichtet, in wunderbar holdselbigem Reize ihrer frischen Jugend, wie ein Lichtgebilde in ihrem silberglänzenden Atlaskleide, den Wolken des Spinnwebleiers und dem frischen Myrtengeranke. Hätte er nur jene unseligen Worte, mit denen er sie so tödtlich verwundet, ungesprochen machen können, wer weiß wäre nur jene Testamentsklausel nicht gewesen, hätte er sie frei, ohne Zwang zu seiner Gattin machen dürfen, wie glücklich sie beide geworden wären; aber ihr jetzt von Liebe sprechen, nachdem er sie betroffen hatte, um sein Vermögen zu erhalten, wäre ja rein lächerlich gewesen.

Die Reise hatte seinen Geist erfrischt, er hatte sich nun einmal gewaltsam von dem äppigen Pariser Leben losgerissen, und er befand sich wohl dabei wie nie; er hatte bisher nur Frauen kennen gelernt, deren Reize für ihn in dem Besitze ein Ende fanden, in Marcelle sah er das Ideal einer Frau, das er hätte anbeten mögen, wenn sie es nur gestattet und nicht immer mit einer verlegenden Gleichgültigkeit jeden Versuch, auch nur ein herzliches Wort in die frostige Conversation zu bringen, zurückgewiesen hätte.

Für allen Luxus mit dem er sie umgab, hatte sie kaum einen Blick, sie schien denselben wie nicht zu ihr gehörig zu betrachten, und eines Tages, als er ihr ein kostbares Schmuckstück überreichte, lächelte sie so eigenthümlich beim Danke, daß ihn der Unmuth belagerte, daß er sie nicht mehr zu sehen wollte. Er hatte sie am selben Abend noch den Schmuck zu tragen, sie verweigerte es ihm unter dem Vorwande, „aus Angst es zu verlieren“.

„Sind Sie so ängstlich, wenn es sich um den Verlust eines Schmuckstücks handelt?“ fragte André.

„Wenn der Gegenstand mein ist, nicht mehr als andere Frauen; aber Ihr Schmuck ist zu kostbar, ich könnte ihn mit meinem ganzen Besitzthum nicht ersetzen, wenn er mir durch einen unglücklichen Zufall abhanden käme.“

Somit hatte sie es ihm deutlich gesagt, daß sie seine Geschenke

*) Nachdruck verboten.

Politische Uebersicht.

Breslau, 2. Juli.

Fürst Bismarck, der von Schönhausen nach Berlin zurückgekehrt ist, gedenkt sich nur wenige Tage in Berlin aufzuhalten, um dann in Begleitung der Frau Fürstin zum Kurgebrauch nach Kissingen sich zu begeben. Von dort aus soll dann die Kur in Gastein fortgesetzt werden. Es ist, nach einer Mittheilung der „Nat.-Ztg.“, nicht unmöglich, daß der Fürst in das letztgenannte Bad kommt, bevor der Kaiser dasselbe verlassen hat. Der Kaiser wird am 18. Juli in Gastein erwartet, und da voraussichtlich auch in diesem Jahre die dortige Kur des Monarchen drei Wochen in Anspruch nehmen soll, so dürfte der Kaiser etwa am 9. August die Heimreise antreten. Eine gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers und des Fürsten Bismarck in Gastein hat seit dem Jahre 1865 nicht stattgefunden.

Die „Post“ spricht sich ganz energisch gegen den Beschluß des Herrenhauses über den Antrag Kleist-Neßow aus. Das Blatt schreibt:

Herr v. Kleist-Neßow hat weder dem Herrenhause noch der evangelischen Kirche einen Dienst dadurch erwiesen, daß er die Verhandlung und Beschlußfassung über seinen mit dem Hammerstein'schen gleichlautenden Antrag noch in letzter Stunde herbeiführte. Schon äußerlich war es dieser Körperschaft kaum würdig, in Hast und vor trotz der geringen zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Zahl kaum beschlußfähigem Hause eine solche Frage zu erörtern. Diese Bedenken mußten sich verstärken, als nicht blos der Cultusminister fernblieb, sondern auch die anderen Minister sich enthielten. Es liegt auf der Hand, daß ein unter solchen Umständen gefaßter Beschluß jeder praktischen Bedeutung entbehrt und nur dazu dienen kann, die Autorität des Herrenhauses zu compromittiren. Letzteres ist um so bedenklicher, als das Herrenhaus ohnehin Mühe hat, sich die ihm als gleichberechtigtem Factor der Gesetzgebung gebührende Geltung in Wirklichkeit überall zu verschaffen. Einen schlimmeren Dienst noch als dem Herrenhause hat aber Herr v. Kleist-Neßow der evangelischen Kirche geleistet. Indem er die extremsten bisher über die Organisation der evangelischen Kirche hervorgebrachten Auffassungen sich nicht nur aneignete, sondern sie mit der beinahe unglaublichen Forderung der Erziehung der künftigen Theologen in Convicten und Seminarien nach dem Muster der römisch-katholischen noch überbot, ruft er die romanisirenden Bestrebungen, welche Herr v. Rauchhaupt abzuwehren bestrebt war, wieder wach. Diese romanisirenden Bestrebungen charakterisirt Prospekt Frhr. von der Goltz treffend mit folgenden Worten: „In den äußeren Erfolgen Roms liegt heute die Gefahr, daß das Gellüste erwacht, das römische Kirchenwesen im Interesse hierarchischer Tendenzen nachzubilden, zumal heute unsere Kirche gegen früher eine vom Staat unabhängige Stellung und Organisation gewonnen hat. Wir haben eben nicht den katholischen Kirchenbegriff und wollen ihn nicht haben. Den lästernen Blick auf römische Machtmittel halte ich für eine Verführung, der ebenso bestimmt Widerstand geleistet werden muß, wie der Herr in der Wüste die verlockenden Anbietungen des Versuchers zurückgewiesen hat.“ Sie bedeuten in der That den Abfall von dem evangelischen Geiste, der etwaige Sieg nicht nur die äußere Zertrümmerung, sondern die völlige innerliche Verfallung der evangelischen Kirche. Sie heißen nichts anderes, als die in der evangelischen Freiheit beruhenden Wurzeln der Kraft des Protestantismus vernichten, um einer kirchlichen Ordnung nachzugeben, welche im besten Falle eine Caricatur der Papstkirche ist, indes auch nicht entfernt die dieser aus ihrer Organisation entspringende Stärke erlangen kann, weil ihr die dogmatische Grundlage für diese äußere Gestaltung fehlt. Dies ist die eine Seite der Sache. Die andere aber ist die, daß es die Perle geradezu hinter den Wagen spannen heißt, wenn man von der Regierung legislative und materielle

Förderung der evangelischen Kirche verlangt und dazu ein Mittel wählt, das von der Regierung als ein Stoß gegen die von ihr in der allgemeinen Politik eingeschlagene Richtung empfunden werden muß. Daß dies in der That so ist, beweist das Verhalten der Mitglieder des Staatsministeriums, welche in höchst bezeichnender Weise das Herrenhaus verließen, als die Beratung begann. Es war von dem Grafen Schulenburg mehr als naiv, diesen Vorgang dahin aufzufassen, daß die Regierung den Antrag ad referendum nehme; es war im Gegentheil beschloffen, in diesem Falle das gänzlich ablehnende Verhalten der Regierung in der denkbar deutlichsten Weise durch völlige Abwesenheit eines Vertreters der Regierung bei der Beratung zu documentiren. Selbst, wenn wir nicht bestimmt wüßten, daß dies der Sinn des Fortgehens bezw. Fortbleibens der Minister war, so wäre es aus analogen Vorgängen, z. B. der Polenabgabe im Reichstage, mit Sicherheit zu schließen gewesen. Wie sollte es auch anders bezüglich einer parlamentarischen Action sein, deren geistiger Vater Herr Briel, deren Bathes Herr von Hammerstein und deren Hauptgönner Herr Windthorst ist! Wir fürchten, daß unter der Verquickung mit römischen und hierarchischen Tendenzen und politischen Momenten der bezeichneten Art auch die Ausichten auf Erfüllung berechtigter Forderungen der evangelischen Kirche, wie sie namentlich auf materiellem Gebiete unseugbar bestehen, sehr stark geschwächt sind. Und zwar beruht diese Befürchtung nicht etwa auf bloßen Vermuthungen, sondern auf ganz bestimmter thatsächlicher Unterlage. Wenn Einleitungen, welche in dieser Hinsicht bereits getroffen waren und trotz der sich entgegenstellenden Schwierigkeit Hoffnung auf Erfolg boten, jetzt scheitern, so hat die evangelische Kirche und ihre Geistlichkeit sich bei den Herren von Hammerstein und von Kleist-Neßow zu bedanken. Will letztere die Interessen der evangelischen Kirche durch den Staat wirklich gefördert sehen, so wird sie, um mit Prospekt v. d. Goltz zu reden, die Lockungen dieser Verführer ernstlich zurückweisen müssen!

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. [Ein interessanter Preßproceß] wurde heute gegen die „Freisinnige Zeitung“ verhandelt. Die genannte Zeitung berichtet hierüber folgendermaßen:

Die Verhandlung ist deshalb von besonderem Interesse, weil dabei das Grundrecht des Art. 22 der Reichsverfassung in Frage kommt. In diesem Artikel heißt es: „Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Im Vertrauen auf diesen Artikel hatte die „Freisinnige Zeitung“ am 16. März in einem besonderen Artikel wortgetreu die bekannten Beschwerden abgedruckt, welche der sozialistische Reichstagsabgeordnete Heine in der Reichstagsitzung vom 12. März bei Gelegenheit des Antrags, betreffend die Entschädigung für unglücklich erlittene Untersuchungs- und Strafhaft über seine Behandlung in dem Strafgefängnis zu Halberstadt vorbrachte. Da zu den Ausführungen des Abgeordneten Heine in jener Reichstagsitzung von keiner Seite Bemerkungen gemacht wurden, so erschröckte die Wiedergabe der Aeußerungen Heine's den Reichstagsbericht über die betreffende Materie vollständig. Die Redaction hatte ihrerseits dem Artikel nur wenige Zeilen hinzugefügt. In demselben war ausgeführt, daß die Sache behufs Untersuchung im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden müsse. (Letzteres ist bekanntlich durch den Abg. Hänel gleich darauf geschehen.) Der Justizminister darf nicht bulden, daß Gefangenen Geständnisse erpreßt werden. Sollten sich Heine's Angaben als richtig herausstellen, so müßte eine Anklage gegen den Staatsanwalt auf Grund des § 313 des deutschen Strafgesetzbuchs erhoben werden, welcher lautet u. i. w. Gegen diesen unter der Ueberschrift: „Eine schwere Beschuldigung gegen die preussische Justizpflege“ abgedruckten Artikel sandte der Staatsanwalt als Gefängnisvorsteher in Halberstadt der Redaction eine Verichtigung ein, welche die „Freisinnige Zeitung“ wortgetreu abdruckte.

Auf Grund dieses Thatbestandes ist gleichwohl gegen die „Freisinnige Ztg.“ Anklage erhoben worden wegen Verleumdung des Gefängnisvorstehers

auf Marcelle, die sich wie ein Kind mit den bunten Anpreisungen amüßte, und sich vor seinen Augen hin- und herwiegte, wie ein leichter Schmetterling, dessen goldglänzende Fittige er nicht berühren durfte, und der im nächsten Augenblicke aufsteigen konnte, um ihn für immer zu verlassen. Gedankenlos hatte André ein Briefblatt entfalt, das schiefe Gekritz Argentiniens stand aus dem eleganten englischen Papier; sie nannte ihn „ihren Rainingen“ und „ihren alten Wolf“ und sie freute sich auf die schönen Sachen, die er ihr ja sicher zum Troste seiner langen Abwesenheit mitgebracht haben würde. . . .

Wie unerschämmt nahmen sich diese ewigen Wünsche, die ihm einst aus dem Munde der Soubrette entzückt und denen er nicht geringe Summen geopfert, auf dem Papiere aus — verächtlich ballte er den Brief zusammen.

Stunde um Stunde verging; klopfenden Herzens sah er von der Dienerschaft verschiedene Gepäckstücke zusammentragen, und dann stand sie selber reisefertig vor ihm; sie hatte es ihm unterjagt, sie zur Bahn zu begleiten.

„Ich denke es ist Zeit“, sagte sie ruhig, „ich komme Ihnen Lebewohl zu sagen und eine glückliche Zukunft zu wünschen.“

Ihre Stimme klang hell wie immer, nur das zarte Gesichtchen war bleich, oder war daran der dunkle Reifepfaut schuld?

André bedachte am ganzen Körper; als er schwieg, sah sie betroffen zu ihm auf.

„Und Sie wünschen mir keine gute Reise?“

„Marcelle!“

Es war ein Schmerzensruf, ein Flehen nach Mitleid in diesem einen Worte; sie sah ihn fassungslos an, und ihr Blick glitt langsam über den ganzen Raum als müßte sie sich besinnen.

André aber hatte ihre Hände gefaßt und zog sie stürmisch an sich.

„Ich lasse Dich nicht, Du bleibst mein! Du habtest Recht mich zu strafen, aber laß mich mein Vergehen in tausendfacher Anbetung füttern, Marcelle, bleibe!“

Vor dem Thore stand der gepackte Wagen der die junge Herrin zur Bahn bringen sollte; der Zug mußte längst versäumt sein, die Kasse scharrten ungeduldig in dem Klee und der alte Kutcher sah wiederholt auf die Schloßuhr.

André und Marcelle aber standen Hand in Hand auf dem Küstenweg und blickten wie traumverloren in das glitzernde Wellenspiel des Meeres, das mit seinem Rauschen und Rollen von der Allgewalt der Natur erzählte; sie sprachen kein Wort, aber in ihrer Seele wogte es auf und nieder von der zwingenden Allgewalt der Liebe!

E n d e.

und Staatsanwalts Schoen, des Inspectors Tite und des Gefangenen-

aufsichters Kühne in Halberstadt.
In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I, welche unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths M. R. Stein stattfand, bezeugte der Staatsanwalt Wiebe die Anklage damit, daß die wortgetreue Wiedergabe von Reichstagsverhandlungen nicht unter allen Umständen die Strafbarkeit der Zeitungen wegen Verleumdung oder Verleumdung ausschließe. Zwar liege in dieser Beziehung noch kein Erkenntnis des Reichsgerichts vor, in dessen Sprächen verschiedene Urtheile des preussischen Obergerichts — solche Erkenntnisse existieren bekanntlich aus der Conflitszeit — für die Strafbarkeit, wenn die Wiedergabe parlamentarischer Verhandlungen einen tendenziösen Charakter befände. Dies sei hier der Fall. Die Schlussbemerkung, daß der Staatsanwalt, wenn Heine's Angaben sich als richtig herausstellten, angeklagt werden müßte, sei in jedem Falle beleidigend. Schon wenn man die Möglichkeit ausspreche, daß ein so hochgestellter Beamter wie der erste Staatsanwalt in Halberstadt etwas derart Ungeheures begangen hätte, so sei dies überaus beleidigend. Andererseits nahm der Staatsanwalt an, daß der verantwortliche Redacteur der „Freisinnigen Zeitung“, Herr Barth, die Äußerungen Heine's zum Abdruck gebracht habe in dem Glauben an die Wahrheit derselben. Nur aus diesem Grunde nehme er Abstand, das höchste Strafmaß zu beantragen, und begnüge sich mit dem Antrag auf Festsetzung einer Geldbuße von 1000 M.

Der Verteidiger des Angeklagten H. A. W. Dr. Grelling behauptete demgegenüber, unter Berufung auf Oshausen, daß die Wiedergabe der Heine'schen Bemerkungen wohl unter den Schutz der Verfassung falle, denn es handle sich hier lediglich um die objective Wiedergabe eines in sich abgeschlossenen Theils eines Parlamentsberichts. Der ganze Artikel bezwecke keineswegs, einen tendenziösen Ausfall gegen die Justizbehörden, sondern nur, die berechtigte Mahnung eines Preßorgans an die Behörden zu erheben, den Vorwurf möglichst bald zu beseitigen. Des am Schluß angeführte Requisitionen sei durchaus zulässig und in den maßigsten Grenzen gehalten, sonst würde jedwede Kritik in Rede, Versammlung und Presse aufhören und die fogen. Preßfreiheit zur vollständigen Preßfreiheit werden. Der Verteidiger führte schließlich noch den Schutz des § 193 St.-G.-B. ins Feld und gab eventualissime die Erhebung des Wahrheitsbeweises über die Behauptungen des Abg. Heine anheim.

Der Gerichtshof verließ nahezu dreiviertel Stunden. In dem darauf publicirten Erkenntnis wurde ohne nähere Begründung die Beweisvernehmung über die Beschuldigungen des Abg. Heine gegen die Gefängnisverwaltung Halberstadt angeordnet und damit die Anwendbarkeit des Artikels 22 der Verfassung verneint.

Die „Freis. Ztg.“ knüpft hieran folgende Bemerkungen:
Befamlich ist die Behandlung des Abgeordneten Heine in dem Gefängnis zu Halberstadt nach dem 12. März noch mehrfach Gegenstand tatsächlicher Erörterungen, sowohl im Reichstag, wie im preussischen Abgeordnetenhaus gewesen. Der Justizminister hat, wie er am 10. März mittheilte, sofort nach Eintritt der Reichstagsverhandlungen von Amtswegen den Staatsanwalt in Halberstadt zur Berichterstattung aufgefordert und damit in der dem inermittirten Artikel kurz vorher von der „Freisinnigen Zeitung“ ausgesprochenen Aufforderung entsprochen. Die Frage der Behandlung des Herrn Heine tritt aber in ihrer Bedeutung zurück hinter der principiellen Frage, ob es Zeitungen nicht gestattet sein soll, in der Weise, wie die „Freisinnige Zeitung“ es gethan, Reichstagsverhandlungen wieder zu geben. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde nicht nur die Preßfreiheit, sondern auch die Bedeutung der parlamentarischen Verhandlungen in Betreff der Beschwerdeführung über Mißstände in der Verwaltung eine erhebliche Beeinträchtigung erfahren. Diese grundsätzliche Frage der Auslegung des Artikels 22 der Verfassung ist so wichtig, daß die „Freisinnige Zeitung“ sich verpflichtet hält, dieselbe event. bis vor das Reichsgericht zu verfolgen.

Im Uebrigen sind dem Vernehmen nach ähnliche Klagen auch noch gegen andere Zeitungen angestrengt worden, welche dieselben Reichstagsverhandlungen in besonderen Artikeln zum Abdruck brachten.

[Als Ausländer des Landes verwiesen] wurde der Befitzer Franz Schmidt alias Samyenciński zu Moczadlo im Kreise Strassburg in Westpreußen durch Verfügung des Amtsrichters vom 16. Mai 1885, weil er mehrfach lästig gefallen war. Mit seiner Beschwerde hierüber sowohl vom Landrath zu Strassburg wie dem Regierungs-Präsidenten zu Marienwerder abgewiesen, wurde er nunmehr gegen Letzteren auf Aufhebung dieser Verfügung klagbar. Das Ober-Verwaltungsgericht (I. Senat) verhandelte in seiner gestrigen Sitzung in dieser Streitfrage; Referenten in derselben waren die Ober-Verwaltungsgerichts-Räthe von Meyeren und Professor Gneist. Bei der Bedeutung dieser Sache hatte der Minister des Innern einen Commissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses ernannt und den Regierungsrath Löwe vom hiesigen Polizei-Präsidium in die Sitzung entsendet. Der Kläger führte in derselben Folgendes aus: Sein Vater sei, nachdem er durch die Abtretung von Südpolen in Gemäßheit des Tilsiter Friedens warschauischer und durch die Grenzbestimmungen des Wiener Friedens russisch-polnischer Unterthan geworden, im Jahre 1827 nach Preußen eingewandert. Bald darauf, also vor der Emanation des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preussischer Unterthan vom 31. December 1842, habe derselbe in Moczadlo ein Grundstück erworben und sei

dadurch „inländischer Bürger dieser Gegend geworden. Im Jahre 1865 sei derselbe zum Schulzen gewählt und auch vom Landrath bestätigt worden. Durch diese Vorgänge habe sein Vater, welcher im Jahre 1878 zu Moczadlo verstorben sei, die preussische Staatsangehörigkeit erworben. Wenn es auch vor der Geltung des genannten Gesetzes der geistlichen Feststellung des Begriffs eines preussischen „Unterthan“ gefehlt hätte, so wäre doch in der Praxis, so in einem Erkenntnis des obersten Obergerichts, der Grundfals aufgestellt worden, daß zu jener Zeit ein Fremder durch langjährigen Aufenthalt in diesseitigen Staatsgebiet und unter der Bedingung, daß er seinen Wohnsitz nicht clandestin genommen, das preussische Indigenat hätte erwerben können. Wollte man aber dieser Auffassung nicht folgen, so sei sein Vater doch durch die Bestätigung in dem Amt als Schulze preussischer Unterthan geworden. Diese Annahme stütze sich auf den § 6 a. a. O., welcher lautet: „Eine von Uns unmittelbar oder von Unserer Central- oder Provinzial-Behörde vollzogene oder bestätigte Bestätigung für einen in den Preussischen Staatsdienst aufgenommenen Ausländer vertritt zugleich die Stelle der Naturalisations-Urkunde.“ Da nun aber die Kinder die Statusverhältnisse des Vaters theilten, so sei er, der Kläger, auch preussischer Staatsangehöriger geworden und könne demnach nicht des Landes verwiesen werden. Dem gegenüber wendete der beklagte Regierungs-Präsident ein: Diejenigen Merkmale, von welchen das angezogene Obergerichtserkenntnis den Erwerb der Staatsangehörigkeit in der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1842 abhängig macht, würden bezüglich des Vaters des Klägers nicht zutreffen, da eine Genehmigung der Verwaltungsbehörde zur Niederlassung desselben aus der Zeit vor 1842 nicht erteilt ist. Es wird außerdem behauptet, daß diese Genehmigung eine ausdrückliche sein und von einer höheren Instanz ausgehen müßte. Es stellte auch die Wissenschaft des sogenannten „Allgemeinen Deutschen Staatsrechts“ für jene Zeit das Princip auf, daß die Niederlassung bezw. der langjährige Aufenthalt in einem Staat allein nicht genüge, um das Indigenat zu begründen. In Ermangelung entgegenstehender positiver Vorschriften muß angenommen werden, daß dieser Satz auch in Preußen gegolten habe. Auch das trifft nicht zu, daß Schmidt sen. durch die vom Landrath vollzogene Bestätigung in dem Amt eines Schulzen Preussischer geworden sei. Das Gesetz knüpft die Verleihung der Naturalisation ausdrücklich daran, daß dieselbe von einer Central- oder Provinzialbehörde erfolgt; zu letzteren können aber die Landräthe sicherlich nicht im Sinne dieser Bestimmung gerechnet werden. Diesen Einwendungen trat der Regierungs-Commissar bei und wies noch darauf hin, daß Schmidt sen. sich die in früherer Zeit ausgestellte Aufenthaltskarte noch über das Jahr 1865 hinaus hat alljährlich verlängern lassen, bis das Gesetz über das Paßwesen von 1867 den ferneren Besitz einer solchen Karte überflüssig gemacht hatte. Darauf erkannte das Ober-Verwaltungsgericht nach mehrstündiger Berathung, daß die Klage abzuweisen sei. Gründe wurden nicht publicirt.

[Die Verleumdungsklage,] welche seit Jahresfrist zwischen dem Professor Dr. Strad und dem ehemaligen Mitarbeiter des „Reichsboten“, Herrn Simon May schwelt, ist gestern endlich von der Verfassungsschraffammer des Landgerichts I. zu Ende gelangt, nachdem May gegen das letzte Urtheil desselben Forums mit seinem Revisionsantrage durchgedrungen war. Die der Klage zu Grunde liegenden Thatsachen dürften hinreichend bekannt sein. May hielt im Frühjahr vorigen Jahres in der Victoria-Brauerei in einer Versammlung eine Rede, in welcher er das „Rindvieh“ der Juden in abspödischer Weise beleuchtete, und unter Anderem auch den Professor Strad angriff. Dieser erwiderte durch einen Zeitungsartikel, in welchem er dem May vorwarf, daß derselbe nicht einmal die Grundlelemente der hebräischen Grammatik gekannt habe, als er vor einigen Jahren wegen Bankerotts eine Strafe in Pfaffensee verbüßte. May entgegnete darauf durch einen Artikel in der „Post“, in welchem er dem Professor Strad Verleumdung und Unwahrheit vorwarf. Der Letztere wurde klagbar, und May erhob die Widerklage. Vom Schöffengerichte wurde May zu 30 M. verurtheilt. Beide Parteien legten Berufung ein und May wurde in zweiter Instanz zu 100 M. verurtheilt. May hatte mit dem Revisionsantrage Erfolg, aber das Urtheil deckte sich vollständig mit dem der Vorinstanz, nur wurde dem Professor Strad noch die Befähigung zugesprochen, das Urtheil auf Kosten May's im „Reichsboten“ und in der „Post“ zu veröffentlichen.

[Die auf Mord lautende Anklage gegen den Musikus Wohlers,] welcher beschuldigt ist, seinen eigenen fünfjährigen Sohn im Humboldthafen ertränkt zu haben, kam gestern vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts I. zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath Garb, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Dr. Stephan, als Verteidiger stand dem Angeklagten der Rechtsanwalt Bronler zur Seite. Der 36 Jahre alte Angeklagte Richard Wohlers, welcher bisher noch nicht bestraft ist, stammt aus Berlin, hat sich schon in früher Jugend zum Musiker ausgebildet, war sieben Jahre beim Militär und ernährte sich seit 1875 als Privatmusikus. Das ältere seiner zwei mütterlichen Kinder brachte er bei seiner Mutter unter, während das jüngere anfangs bei einer Frau Saul in der Rheinbergerstraße ein Unterkommen gefunden hatte; im April dieses Jahres nahm der Angeklagte das Kind zu sich und bezog mit demselben eine Schlafstube bei einem gewissen Sparmann. Am dritten Osterfesttag begab er sich um 3 Uhr Nachmittags mit dem fünfjährigen Knaben, welcher den Namen Johannes trug, nach dem Polizeibureau, wohin er wegen seiner mangelhaften Anmeldung bestellt war. Dann machte

er mit dem Kleinen einen Spaziergang, und da Sparmann das Kind nicht mehr bei sich behalten wollte, suchte Wohlers für dasselbe bei einer befreundeten Familie in der Köslinerstraße ein anderweitiges Unterkommen, ohne damit Glück zu haben. Dann ging er zum Spielplatz an der Ecke der Müller- und Gerichtstraße, ließ dort den Knaben spielen und suchte selbst ein benehbares Wirthshaus auf, wo er ein Glas Bier trank. Von dort aus begab er sich nach dem Gartenplatz, wo der Knabe wieder mit anderen Jungen spielte. Da Sparmann dem Angeklagten unterlag hatte, mit dem Knaben die Schlafstube wieder zu beziehen, so schenkte sich Wohlers, vor Eintritt der Dunkelheit sich nach Hause zu begeben, er schlenderte vielmehr die Invalidenstrasse entlang bis zum Hamburger Bahnhof. Hier hat, nach seiner Behauptung, seine große Nothlage ihm den Gedanken aufgeblüht, sich das Leben zu nehmen. Auf die Vorhaltung des Präsidenten, daß für Musiker doch gerade im April gute Gelegenheit zum Verdienst geboten werde, antwortete der Angeklagte, daß es ihm unmöglich gewesen sei, das zum Unterhalt nothwendige Geld zu erwerben, ja er habe selbst während der Feiertage nichts verdienen können, und das Kind habe ihn sehr am Fortkommen gehindert. Den Gedanken zum Selbstmord habe er schon mehrere Tage mit sich herumgetragen, und weil er eben in den Feiertagen nichts verdient hatte, sei ihm am Abend des dritten Feiertages der feste Entschluß gekommen, den Plan zur Ausführung zu bringen. Er sei deshalb mit dem Kinde auf die andere Seite des Humboldthafens nach der Seite der Charité zu gegangen. — Vorf.: Zwischen 9 und 10 Uhr sah man Sie den Canal entlang gehen. An den Seiten des Canals ist ein Geländer, so daß man nicht ohne Weiteres ins Wasser fallen oder springen kann. Plötzlich war aber der Knabe im Canal; wie kam er denn dorthin? — Angekl.: Ich kann darüber nichts sagen, denn ich bin damals ganz von Sinnen gewesen. — Vorf.: Haben Sie den Knaben nicht in das Wasser geworfen? — Angekl.: Nein. — Präf.: Was thaten Sie dann, als nun der Knabe im Wasser lag? — Angekl.: Ich bin dem Knaben nachgesprungen, um ihn zu retten. — Präf.: Sie verfolgten also in dem Moment, wo Sie selbst in den Canal sprangen, nicht den Zweck, sich das Leben zu nehmen, sondern den Knaben zu retten? — Angekl.: Ja. — Präf.: Ihnen selbst wurde noch rechtzeitig Rettung gebracht, und Sie wurden von Schiffen aus dem Wasser gezogen. Sie sind dann nochmals ins Wasser gesprungen, wurden wieder herausgezogen, haben sich aber gegen ihre Rettung gestraut. Endlich wurden Sie in die Charité gebracht. — Angekl.: Ja. — Präf.: Die vorliegenden Umstände deuten aber doch darauf hin, daß der Knabe nicht ins Wasser gefallen, sondern gewaltsam ins Wasser gestürzt worden ist, denn die Beschaffenheit des Ortes läßt darauf schließen, daß der Knabe bei dem Sturze einen größeren Vogen beschreiben haben muß. — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Präf.: Es ist auch auffällig, daß Sie bei Ihren polizeilichen Vernehmungen widersprechende Angaben gemacht haben. Zuerst hatten Sie angegeben, daß Sie aus Versehen in das Wasser gefallen seien, dann erst traten Sie mit der Behauptung hervor, daß Sie die Absicht hatten, sich zu ertränken. — Angekl.: Ich kann nur sagen, daß ich den Knaben nicht ins Wasser geworfen habe, das hätte ich gar nicht fertig bekommen. — Präf.: Sie haben uns aber noch immer keine Erklärung dafür gegeben, wie der Knabe nun eigentlich ins Wasser gekommen ist. — Es klingt doch sehr unwahrscheinlich, daß er hineingefallen, denn es ist ein Geländer am Canal. Haben Sie den Knaben nicht etwa bei der Hand genommen und ins Wasser gezogen? — Angekl.: Nein, das habe ich nicht gethan. — Präf.: Es ist auch auffällig, daß Sie an einem Tage, wo Sie sich das Leben nehmen wollten, den Knaben mit sich führen und ihn gerade mit an den Ort nehmen, wo Sie den Selbstmord ausführen wollten. Da hätten Sie doch einen Beobachter fortwährend in Ihrer nächsten Nähe gehabt. — Angekl.: Ich konnte das Kind nicht zu Hause lassen. — Weiteres ergab die Vernehmung nicht. — Die gerichtlichen Sachverständigen, Geh. Rath Dr. Wolff und Sanitätsrath Dr. Long stimmten darin überein, daß der Knabe im Schlamm des Canals erstickt sei, denn bei der Obduction der Leiche wurde im Munde, in den Ohren, in der Luftröhre und sogar in den Lungen Schlamm gefunden. Im Gesicht hatte die Leiche eine Verletzung, doch konnte nicht festgestellt werden, ob dieselbe von einem Schlag herührte oder davon, daß das Kind etwa beim Sturze mit dem Kopfe auf den unten entlang führenden Treibweg geschlagen ist. — Der Zeuge Former Beische hat den Angeklagten mit dem Kinde an jenem Abend am Canal gesehen, und es fiel ihm auf, weil der Angeklagte um diese Abendezeit ganz langsam hin- und herging. Als sich die beiden Personen eine Strecke von ihm entfernt hatten, hörte er plötzlich einen Kinderfuss und einen Klatsch, als ob Jemand ins Wasser gefallen wäre. Ob nun der Fall ein gewaltsamer oder die Folge eines unglücklichen Zufalls war, darüber kann der Zeuge nichts angeben. Als er näher gekommen war, bemerkte er einen schwarzen Gegenstand auf dem Wasserspiegel und in einiger Entfernung davon den Angeklagten, welcher aber auch plötzlich verschwunden war. Auch die Beobachtungen des Zeugen Herrmann reichen nicht viel weiter. Der Zeuge hat einige Schiffer gerufen und mit deren Hilfe wurde der Angeklagte aus dem Wasser gezogen. Nachdem er eben erst zum Bewusstsein gebracht worden war, stürzte er sich nochmals ins Wasser, und als man ihn herausziehen wollte, widersehte er sich heftig und hielt den Kopf immer wieder unter Wasser. — Der Vorstehende hält dem Angeklagten vor, daß, wenn er den Knaben hätte retten wollen, er sich doch hätte bewegen und sich nicht so ruhig hätte verhalten müssen. — Der Verteidiger bestritt feinerseits, daß es möglich sei, bei dem Scheitern der einzigen in der Nähe stehenden Laterne die Vorgänge im Wasser so genau

Kleine Chronik.

Breslau, 2. Juli.

Heidelberger Universitäts-Jubiläum. Von der Redaction der „Ruperto-Carola“, officieller illust. Festschrift der V. Säcularfeier der Universität Heidelberg geht uns folgende Mittheilung zu: Der von Herrn Maler Carl Hoff, Professor an der Kunstschule zu Karlsruhe entworfene und unter seiner persönlichen Leitung ausgearbeitete historische Festzug wird laut Programm Freitag, 6. August, Morgens 9 Uhr, stattfinden. Der Zug, an dem sich über 900 Personen mit 300 Pferden und 14 Wagenthieren betheiligen, bringt die fünf Jahrhunderte seit der Gründung der Universität zur Darstellung und zerfällt in folgende Gruppen: A. Gründung der Universität durch Kurfürst Ruprecht I. 1386. B. Einzug Friedrich des Siegreichen nach der Schlacht von Sempach 1462. C. Pflege der Kunst und Wissenschaft durch Kurfürst Otto Heinrich 1556—1559. D. Wollsteden der fröhlichen Pfalz zu Ende des 16. Jahrhunderts, Winterzug. E. Einzug des Kurfürsten Friedrich V. mit seiner Gemahlin Elisabeth von England 17. Juni 1613. F. Böhmische Gesandtschaft 1619. G. Zeit des 30jährigen (1618—1648) und des Orleans'schen Erbfolgekrieges (1688—1697). H. Kurfürst Karl Ludwig mit Gefolge 1632—1680. I. Zeit des Kurfürsten Karl Philipp 1726—1742. Jagdzug. K. Kurfürst Karl Theodor 1742—1799. L. Wiederherstellung der Universität durch Karl Friedrich von Baden 1803. — Die Studentenschaft des 19. Jahrhunderts. M. Die Burschenschaften. N. Die Corps. — O. Das neue Deutsche Reich. Soweit die nahezu vollendeten Arbeiten dies erlauben lassen, wird der Zug an Großartigkeit der Ausstattung und Correctheit der Costüme, Waffen etc. nicht nur allen bisherigen derartigen Veranstaltungen würdig sich anreihen, sondern er verspricht sogar an äußerem Glanze und historischer Treue, die bis in die kleinsten Details durchgeführt ist, solche zu übertreffen. Der Festzugs-Ausschuss hat zur bequemen Befichtigung des Zuges die Errichtung von Tribünen an allen geeigneten Plätzen in die Hand genommen.

Die erste Eisenbahn in China. Die erste Schienenanlage im großen Reich der Mitte ist eine Miniaturbahn, ein einfaches Spielzeug, das in Newyork hergestellt, nach China gesandt und zu Peking in den Gärten des Geheimen Palastes zur Belustigung des jugendlichen Kaisers und der Damen seines Hofes aufgestellt worden ist. Allein die Folgen dieses beschämenden Experimentes dürften von so bedeutender Tragweite sein, daß schon der Gedanke der Vereinigten Staaten am Peking Hofe sich veranlaßt gesehen, über dieses ansehnlich private Ereignis seiner Regierung einen officiellen Bericht zu übersenden, dem die „Post. Ztg.“ nachstehend einige interessante Punkte entnimmt. Die wichtigste Persönlichkeit des himmlischen Reiches ist immer noch Li Hong Tschang, Staatsminister, Vizekönig und einer der Spitzen der Admiralität. Stets ein Freund der Ausländer, hat er die Einführung der Eisenbahnen von jeher warm befürwortet. Allein seine Ideen darüber stießen bei anderen Abtheilungen der Regierung auf heftigen Widerstand. Man erhob den Einwand, daß die Einführung der Eisenbahnen Millionen Einwohner, deren Dienste im Wassertransporte Verwendung finden, ihrer Erwerbs- und Existenzmittel berauben würde; daß die zahlreichen Kirchhöfe, die sich im Wege der neuen Bahnstrassen befänden, entweiht würden, was zu inneren Unruhen die Veranlassung geben dürfte. Die Finanzbeamten behaupten, daß eine so tiefgreifende Veränderung in den Verkehrsverhältnissen des Landes eine vollständige Umwälzung des Steuerwesens bedingen würde. Die Vizekönige der Provinzen sind der Einführung von Eisenbahnen deshalb abhold, weil sie in denselben und mit Recht, ein Werkzeug zur Centralisirung

und ohne Frage Vermindeung ihres Einflusses wittern. Vielleicht sind es gerade diese Ermüdungen, die Li Hong Tschang für die Eisenbahnprojecte günstig stimmen. Bei allem System- und Personenwechsel in China ist er an Ruher geblieben und hat seinen ganzen Einfluß sich zu mahnen gewußt. Man darf daher erwarten, daß es ihm auch gelingen wird, die Einführung von Eisenbahnen durchzusetzen. Auf seinen Befehl ist jenes Spielzeug einer Miniaturbahn angefertigt und nach China gebracht worden. Dieselbe besteht aus 50 Metern Schienen mit Weichen und Drehscheibe, Locomotive, Kohlenwaggon, Passagierwaggon, Gepäckwaggon, Pullmann-Schlaf- und Salonwaggon etc., kurz ein vollständiges Modell einer Eisenbahn. Zuerst stellte der Vizekönig diese Bahn in seinem Palastgarten in Lien-Tsin auf, ließ dieselbe jedoch bald nach Peking transportieren, kam selbst beschwemmt dorthin und machte dem Prinzen Tschang, dem Vater des Kaisers, ein Geschenk damit. Im Garten des Letzteren wurde die kleine Bahn zum ersten Mal in Betrieb gesetzt. Prinz Tschang war entzückt davon. Er beschenkte die Ingenieure, die die Bahn aufstellten, überaus reichlich und ließ seine Gärten in dem Betriebe dieser kleinen Dampf-bahn unterrichten. Zwei Tage später ließ der Prinz die Bahn nach dem kaiserlichen Palast bringen, wo sie in Gegenwart des Kaisers, der Kaiserin und des Hofes in Betrieb gesetzt wurde. Das kaiserliche Paar nahm das höchste Interesse an dem neuen Schauspiel und ließ sich die geringsten Einzelheiten des Modells erklären. Es war das erste Mal in ihrem Leben, daß sie eine Dampf-eisenbahn in Betrieb gesehen, und nunmehr vermochten sie die ungeheuren Vortheile zu begreifen, die die Einführung der Eisenbahn, von der man so viel mit ihnen gesprochen, für China im Gefolge haben würde. Diese augenscheinliche Beweisführung hat auf den Kaiser den tiefsten Eindruck gemacht und ohne Frage die Aussichten auf baldige Inangriffnahme der projectirten Eisenbahnlinien in China bedeutend gefördert. Nunmehr leitet der jugendliche Monarch den darauf gerichteten Rathschlägen des Vizekönigs Li ein williges Ohr und pflichtet im Princip den Plänen und Vorbereitungen zur Einführung der Bahn in China bei. Man darf daher einen Umschwung zu Gunsten der Verwirklichung der schon so lange schwebenden Bahnprojecte erwarten. Und Eisenbahnanlage in China bedeutet Abnahme abendländischer Kultur, allmähliche Erschließung auch des Innern für den Verkehr mit dem Auslande, kurz — den Fall der Mauer des chinesischen Reiches.

Ein Aussen erregender Proceß spielte sich dieser Tage vor dem Schwurgerichte in Rassel ab. Mitte Mai d. J. hatte auf der „Bruchmühle“ bei Olabbach im Kreise Biedenlopf der Müller Schuppner seinen Todfeind, den Müller Klingelhöfer, niedergeschossen. In Folge dessen stand er nun vor Gericht. Die Verhandlung dauerte zwei Tage, bei großem Andränge des Publikums. Schuppner legte ein unumwundenes Geständnis ab und gab über die Motive und Ausführung des Verbrechens Folgendes an: „Seit zwanzig Jahren mit dem Erschossenen, dem Besitzer der dicht anliegenden „oberen Bruchmühle“, durch fortwährende Prozesse verfeindet, habe dieser aus Geßchäftsneid, Eigennutz etc. Alles daran gesetzt, um ihn, seinem Nachbar und Concurrenten, zu schaden, und ihn womöglich von Haus und Hof zu bringen. Aus den Acten wurde denn auch nachgewiesen, daß die beiden verfeindeten Müller unaufhörlich zusammen processirt, seit den letzten drei Jahren hat der Angeklagte allein sieben Prozesse gegen Klingelhöfer verloren. Die Streitigkeiten arteten schließlich in Thätlichkeiten aus und Schuppner überfiel Klingelhöfer eines Tages auf freiem Felde, warf ihm Meinel etc. vor und prägelte ihn demnach durch, daß er wegen dieser Mißhandlung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Am 15. Mai sollte er diese Strafe antreten. An diesem Tage sei aller Haß wieder in ihm aufgefliegen,

gab Schuppner an, und der Gedanke, wegen seines Todfeind drei Monate im Gefängnis zu sitzen und Familie, Haus und Hof schußlos dem Treiben desselben preisgeben zu müssen, hätte eine furchtbare Wuth in ihm aufgestachelt, so daß er nicht ganz Herr seiner Sinne gewesen sei. Er sei hinausgeeilt, habe das mit Schrot geladene Gewehr geholt und in den rechten Lauf eine Kugel geladen. Wie Schuppner selbst offen einräumt, hat er das Gewehr schußbereit im Anschlag, mindestens eine Stunde auf der Lauer gelegen, ehe er den Schuß sicher abgeben konnte. Dann aber nahm er den auf dem Hofe herumhantirenden Todfeind genau aufs Korn — ein Schuß trachte und, von der Kugel mitten durchs Herz getroffen, sank Klingelhöfer todt zu Boden. Der Mörder stieß in die Wälder; überall vergeblich gesucht, stellte er sich nach Verbeugung des Erschossenen ganz unerwartet selbst dem Gerichte und legte ein Geständnis ab. Aus den Zeugnisaussagen ging hervor, daß Schuppner dem Klingelhöfer häufig mit Todtschlägen gedroht und nicht nur diesen und Angehörige wiederholt insultirt und mißhandelt, sondern sogar seine eigene Ehefrau mißhandelt und demnach geschlagen und bedroht hatte, daß sie die Ehebrechungsflagge schon vor Jahren einreichte. Alle Zeugen schiederten Schuppner, einen 46 Jahre alten, starken Mann, als sehr brutal und Klemand wußte ein Wort zu seinen Gunsten vorzubringen. Das Gegenstück wurde von dem ermordeten Klingelhöfer bezeugt. Derselbe war verständlich und hat wiederholt versucht, sich mit seinem Todfeinde auszuöhnen, was dieser jedoch zurückwies. Die Anklage lautete auf Mord und wurde vom Staatsanwalt eingehend motivirt und erläutert. Trotzdem verneinte die Geschworenen die Frage nach Mord und nahmen nur Todtschlag an, worauf der Schwurgerichtshof auf eine Zuchthausstrafe von 13 Jahren und 10jährigen Ehrverlust erkannte.

Frau Miramon, die Gattin jenes mexikanischen Generals, der mit dem Kaiser Maximilian zugleich hingerichtet wurde, hat Memoiren hinterlassen, welche eine Schilderung der letzten Augenblicke Maximilians enthalten. Daraus geht hervor, daß die Verurtheilten am Tage der Hinrichtung ihren Humor noch nicht ganz verloren hatten. Als der Kaiser seine Zelle verließ, freute er sich des sonnigen Morgens und meinte, der Tag sei so schön, als habe er sich denselben für seine Hinrichtung ausgewählt. Plötzlich hörte er helle Glockentöne und fragte Miramon: „Sind das die Lobenglocken?“ Jener antwortete: „Darüber kann ich keine Auskunft geben, Stre, denn es ist das erste Mal, daß ich hingerichtet werde.“ — Der Kaiser lächelte.

Weiße Rosen betitelt sich ein Dramalet von Felice Cavallotti, dem preisgekrönten Mailänder Dichter und Abgeordneten, welches in autorisierter Bearbeitung von Dr. Albert Stern vom „Deutschen Theater“ in Berlin zur Aufführung angenommen wurde.

Ein gebildeter Hausknecht. Ein Hausherr war vor einigen Tagen in Frankfurt a. M. vor Gericht als Zeuge geladen. Bevor der Vorstehende zur Verurteilung schritt, machte er den Zeugen einbringlich auf die Befähigkeit des Zeugnens aufmerkksam und fragte schließlich: „Sie gehören doch keiner Partei an?“ — Der Gefragte war das Haupt zurück und erklärte, er unterschreibe die Worte Friedrich von Bodenstedt's, daß die Politik den Charakter veredele; deshalb gehöre er keiner Partei an, abgesehen davon, daß seine „Alte“ politische Untreue von seiner Seite durchaus nicht dulden würde. — Die Selbsterleuchtung über diese Auskunft des classisch gebildeten Hausknechten war groß. Der Amtsrichter machte ihm klar, daß es sich hier nicht um politische Parteien, sondern um Kläger und Klägerin handle, worauf der Zeuge den Eid leistete.

zu beobachten, wie es die Zeugen behaupteten. Der Vertheidiger hält diesen Umstand für einen sehr wichtigen, wünscht überhaupt eine genaue drückliche Bezeichnung der Stellen, wo das Kind ins Wasser gekommen, wo der Angeklagte selbst ins Wasser stürzte, und erklärt, daß er eventuell in der Lage sein würde, eine Vernehmung des Termins und Abhaltung eines Localtermins zur Befestigung des Thätoriums und der Beleuchtungsverhältnisse zu beantragen. — Mehrere Schiffer bestätigen die Art der Rettung des Angeklagten, der sehr stark nach Schnaps gerochen habe. — Der Criminal-Commissarius Kühne deponirt, daß der Angeklagte bei seiner ersten Vernehmung in der Charité ganz andere Aussagen gemacht habe, als später. Damals hatte er angegeben, daß er mit dem Knaben an jenem Orte gespielt und denselben aus Versehen ins Wasser gestochen habe. Er selbst habe nicht schwimmen können und habe sich nur ins Wasser gestürzt, damit etwaige Zeugen des Vorfalls später nicht etwa einen Vorwurf und falsche Schlussfolgerungen daraus ziehen sollten, wenn er nicht selbst auch ins Wasser ging. Der Beamte bekundete auch noch, daß der Angeklagte Lust hat, eine Beschäftigung außerhalb Berlins zu erhalten und daß ihm dabei die Erziehung des Kindes, welches er nicht unterzubringen wüßte, wohl hinderlich war. — Die beiden Frauen, bei denen das Kind untergebracht war, ebenso der Wirth des Angeklagten sind darin einig, daß derselbe ein im Ganzen ruhiger und ordentlicher Mann sei, der in letzter Zeit mit Nahrungsvorrichtungen zu kämpfen habe und sich deshalb wohl zu derselben Zeit einige Male betrunken hat. Zu dem Kinde war er stets freundlich und aufmerksam und hat sich um dasselbe immer bekümmert. Der Präsident präcirt die letzten Aussagen des Angeklagten nochmals dahin: Er sei an jenem Abend mit seinem Sohne spazieren gegangen; sein Kopf sei ihm sehr wohl gewesen, weil er Nahrungsvorrichtungen hatte und nicht wüßte, wo er den Jungen unterbringen sollte. Er habe sich allerdings schon mehrmals mit Selbstmordgedanken getragen, doch nicht an jenem Abend. Wie der Knabe ins Wasser gefallen, wisse er nicht zu sagen, er selbst sei ihm in dem dunklen Drange, ihn zu retten, nachgesprungen. Anknüpfend an die Bemerkungen eines vernommenen Schutzmannes über die Leuchtkraft der betreffenden Laterne wiederholt Rechtsanwalt Bronker seinen Antrag auf Ansetzung eines Termins zur Localbefestigung, und da der Staatsanwalt sich diesem Antrage anschließt, setzt der Gerichtshof einen solchen Termin sofort an und vertagt die weitere Verhandlung auf Nachmittags.

Der Staatsanwalt begann nach Wiederaufnahme der Verhandlung seine Rede mit der Bemerkung, daß der Angeklagte allerdings Anspruch auf Mitleid habe, seine That kennzeichne sich aber trotzdem als eine solche, welche durch das Strafgesetz Sühne erheische. Er wolle von der Behauptung, daß die That mit Ueberlegung begangen, absehen, ein verführerischer Todtschlag liege seiner Ansicht nach aber vor, und es würde die Gefährlichkeit, zu welcher der Angeklagte verurtheilt werden würde, wenn die Geschworenen der milderen Auffassung zuneigten, den Angeklagten um so härter treffen, als derselbe ja auch physisch in Mitleidenschaft gezogen werde. Der Vertheidiger beantragte die völlige Freisprechung, indem er ausführt, daß hier ein unausgeklärter Zufall vorliege. Jedenfalls sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte, als er planlos und halb von Sinnen mit seinem Kinde umherirrte, dasselbe vorsätzlich ins Wasser gestochen habe. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig der fahrlässigen Tödtung, worauf der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis beantragte. Das Urtheil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Oesterreich-Ungarn.

*** Budapest, 27. Juni. [Orig.-Corr. der „Breslauer Zeitung.“] Die Reichstagsession wurde gestern mittags königlichen Rescriptes geschlossen und die Wäler des Königreichs Ungarn sind zu ihren Penaten heimgezogen, um bis zum 18. September von den Strapazen des Geseßgemachens sich zu erholen. Ein Rückblick auf die Wirksamkeit des ungarischen Parlamentes in der verfloßenen Session ist gewiß nicht ohne Interesse, zumal seit dem elfjährigen Regime Koloman Tisza's kaum je so einschneidende Geseße geschaffen wurden, als im verfloßenen Jahre. Vor Allem ist da die Aenderung der Magnatentafel, des aristokratischen Klugsalles. Wenn es den jungen Magnaten im adeligen Casino einfiel, die Beschlüsse des ernstesten Politikers des Landes über den Haufen zu werfen und die schwererrungensten Arbeiten zu vernichten, so ließen sie ganz einfach mehrere hundert Schreibbriefe ergehen, die Magnaten in Ungarn und Siebenbürgen, welche kaum noch trockenes Brot zu essen haben, kamen herbeigeeilt, setzten sich in das Magnatenhaus und verwarfen mit großer Majorität die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wie es z. B. bei dem Geseße über die Einführung der Bischöfe geschah. Es ist also ein nicht genug hoch zu schätzendes Verdienst Tisza's, daß er in der verfloßenen Session die Aenderung der Magnatentafel durchführte; Mitglied der Magnatentafel kann nur jener Aristokrat sein,

welcher jährlich mindestens 3000 Gulden Grundsteuer zahlt oder vom König erwählt wird. Die Folge hiervon ist, daß nunmehr statt 800 Leute, 300 zumeist ernste und gewiegte Männer das ungarische Oberhaus bilden. Kein kleineres Verdienst hat sich Koloman Tisza um die Aenderung des Municipalgeseßes, um die Erweiterung der Macht der Obergespanne erworben. In den Municipien geschah bisher, was die unwissende und aufgeblasene Comitats-Elite wollte und im Comitats war der von der Regierung ernannte Obergespan wohl ein großer Herr, er hatte aber dort, wo das löbliche Comitats Etwas beschloß, sehr wenig dreinzureden. Jetzt ist der Obergespan mit einer Macht versehen, mit der er es zu hindern im Stande ist, daß der ganze Beamtenstand aus den Taugenichtsen einzelner adeliger Familien requirirt wird, und daß die Comitatsklassen nach Herzenslust beschloßen werden. Die Erweiterung der Macht der Obergespanne hat denn auch in der abgelaufenen Session größere Schwierigkeiten bereitet, als welcher andere Geseßentwurf immer. Eine ebenso einschneidende Maßregel war die Verlängerung der Mandatsdauer von drei auf fünf Jahre. Nur derjenige, welcher von den ungeheueren Kämpfen eine Ahnung hat, mit welcher in Ungarn die Abgeordneten wählen vor sich gehen, besitzt eine Ahnung von der Tragweite dieser Maßregel. Daß bisher in Ungarn alle drei Jahre förmliche Schlachten geschlagen würden, bei welchen es an Todten und Verwundeten niemals fehlte, weiß man bereits in der ganzen Welt, man weiß aber nicht, daß sich ganze Familien ruinirten, um irgend ein Mitglied in das Parlament zu bringen. In den drei Jahren nach der Wahl legte sich die Aufregung der Gemüther keineswegs, da nunmehr aber fünf Jahre bis zu den Neuwahlen verfließen müssen, werden sich die Exaltados denn doch einigermaßen beruhigen und wahrscheinlich sich gänzlich zurückziehen, ehe das fünfjährige Mandat mehr Geld kosten wird, als man sich als Abgeordneter durch verschiedene Geschäfte verdienen kann. Wenn nun die ungarische Regierung den Beweis lieferte, daß es ihr um die Verbesserung der administrativen Maßregeln völlig ernst ist, so konnte sie doch nicht beweisen, daß sie eine gesunde und vernünftige Finanzwirtschaft zu führen versteht. Abgesehen von dem großen Budget, welches Jahr für Jahr gefordert wird, kamen vor zwei Monaten noch Nachtragsergänzungen in der Höhe von über 28 Millionen Gulden, und diese Forderungen haben Ungarn auf den Geldmärkten des Auslandes manchen Schaden verursacht, da man sich mit Berechtigung sagen mußte, daß es mit der Wirtschaft in einem Lande schlecht bestellt sein muß, wo man nicht nur nicht die Ausgaben und Einnahmen, sondern nicht einmal die Rechnungen im vorhinein festzustellen vermag. Von Seite der Regierung fehlte es zwar nicht an der Versicherung, daß das nicht mehr vorkommen werde, aber es fehlt am rechten Glauben daran. — Der Schluß des Reichstages erfolgte nicht unter günstigen Auspicien. Die Ausgleichs-Verhandlungen mit Oesterreich sind nicht abgeschlossen; die Zollverhandlungen, welche man bereits geordnet wählte, ergaben in Oesterreich neue Schwierigkeiten, besonders beim Petroleum, welches das österreichische Cabinet beinahe zum Sturz brachte, und so werden bei Eröffnung der neuen Session so fort große Kämpfe beginnen, deren Tragweite sich heute keineswegs noch ermessen läßt.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 2. Juli. Die Aufführung der Breslauer Sing-Academie zur Feier ihres 61. Stiftungsfestes findet am Sonntag, 4. Juli, Mittags 12 Uhr, im Concertsaal statt. Zum Vortrag gelangen außer Motetten von Palastina und Caldara die Cantate „Ich hatte viel Bekümmerniß“ von Seb. Bach, das Clavier-Concert in B-dur von Mozart, Clavierconcert Herr Professor Schäffer, Bass-Arie aus dem „Alexanderfest“ von Händel und drei Chorlieder von Jul. Schäffer. Als Solisten sind betheiligt die Damen Fräulein Lange und Fischer, sowie die Herren Heinrich Ruffer und Professor Kühn.

w. Fortschritts-Verein. Wenn auch ein Comité Alles gethan und sich in den mannigfaltigsten Vergnügungs-Arrangements erschöpft, „mit Ruhm bedeckt“ hat, so hängt doch das Alles von einer gnädigen Laune der Wettermächte über den Wolken ab. Einmal schon hatte das Gartenfest, für welches alle Vorbereitungen getroffen worden waren, aufgeschoben werden müssen. Auch am vorigen Dienstag (29. Juni) schickten die Herren vom Comité, als nach und nach die schöne Welt in ganzen Colonnen heranzog und uns eine veritable Mobilmachung des „weiblichen Fortschritts“ aufwies, manchen prüfenden Blick nach oben. Aber der leise Schleier, den eine Zeitlang die Sonne bedeckte, trug nur dazu bei, die Temperatur zu einer höchst angenehmen zu gestalten und uns einen der lieblichsten Sommer-Abende zu bringen. Nachmittags nach 4 Uhr begann die Capelle des Herrn Caro, ihre Weisen erklingen zu lassen. Das Programm war ein ausgewähltes und wurde noch mehrfach durch Einlagen bereichert. Schon ziemlich zeitig füllte sich der Garten, der allerdings, da die Damen und Kinder sich meist in den hinteren, durch Buschwerk verdeckten und durchschnehten Partien des Stabissements aufzuhalten pflegten, nie den unheimlichen Eindruck der Fülle machte. Troßdem dürfen wir wohl die Zahl der bis zum Eintritt der Dämmerung erschienenen Personen auf 1500 beziffern. Die schönere Hälfte der Menschheit stellte freilich das Hauptcontingent und daraus ergiebt sich schon, daß das Fest nicht der Politik, sondern dem Vergnügen geweiht war, zumal das Politische heute zu Tage weniger als je den anziehenden Beschäftigungen gehört. Unter Leitung einiger Herren vom Vorstande belustigten sich die Damen von 6 Uhr ab mit Volognschießen, die größeren Knaben an den Turmgeräthen, die kleineren Knaben und die Mädchen beim Wettkauf. Angefeuert wurden alle Betheiligten durch die in einem offenen Raume veranstaltete Ausstellung der recht hübschen und zahlreichen Geschenke, die viel besucht wurde. Da der Verein aus seinen Mitteln einen ziemlich betrags für Preise ausgeworfen hatte, und von Seiten eines Vorstandsmitgliedes noch ein Zuschuß geliefert worden, war es möglich, unter 20 Turnern, welche angetreten, 14, unter etwa 120 Kindern, welche sich an einem kurzen Wettkauf betheiligt hatten, ca. 40, und unter 150 Damen für die besten Treffer beim Volognschießen ca. 80 Preise zu vertheilen. Es blieben davon bei der großen Fürsorge des Comité's immer noch Geschenke übrig, mit welchen auch noch solche Kinder beglückt werden konnten, welche nur den guten Willen gezeigt hatten. „Lachende Gesichter“ hieß die Parole. — Bis zur Dunkelheit entwickelte sich unter den grünen Wipfeln und in den Partien des Gartens ein äußerst anmuthendes und gemüthliches Treiben, ein Volksfest im höchsten Styl, das uns bewies, daß hier vorwiegend der bürgerliche Mittelstand in seinen verschiedenen Nuancen vertreten war. Um 9½ Uhr riefen Kanonenschläge das Publikum zum Feuerwerk. Raketen mit bunten Sternen, laufende Blumenträder mit Farbenspiel, Brillantfächerpalmen, Horizontal-Cascaden, ein großes Kaleidoskop, kurzum alle Errungenschaften der modernen Pyrotechnik verbanden sich unter der Regie des Herrn U. v. Winkler zu einem Meisterwerk der Feuerwerkerei, und namentlich rief das eiserne Kreuz mit den Siegeskranzen zum Schluß großen Jubel hervor. Hierauf erstarrte der Garten in prachtvoller bengalischer Beleuchtung und Sonnen wachhaft feenhaft. Nun bewegte sich eine Polonade unter Vorantritt der Musik durch den Garten nach dem Saale, wo die junge Welt, die schon längst dem Tanze entgegen harrte, sich bis um 1 Uhr im frohen Reigen schwang. Das Fest, an welchem sich auch Mitglieder anderer befreundeter Vereine betheiligten, verlief ohne den geringsten Mißton, und da auch von Seiten des Wirths für gute Speisen und Getränke gesorgt war, so fehlte auch nach der gastronomischen Seite nichts an der Harmonie des schönen Gartenfestes, das durchaus als ein wohl gelungenes bezeichnet werden muß.

* Personal-Chronik. In Ausübung des königlichen Patronatsrechtes ist von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien zu der erledigten katholischen Pfarrei in Groß-Niedbors, Kreis Glogau, der zeitliche Herr Kreis-Vicar Karl Golla in Reutens D.S. präsentirt worden. — Berseht: der Bau-Inspector Kaufmann von Oppeln an die königliche Regierung zu Minden. — Ernanti: der hiesiger Gerichts-Referendar v. Selchow aus Ratibor zum Regierungs-Referendar in Oppeln. — Definitiv angestellt: die katholischen Lehrer Wienig zu Alt-Schal-towik, Kreis Oppeln, und Neumann zu Brzezie, Kreis Ratibor.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

München, 2. Juli. Das „Fremdenblatt“ will wissen, das Cabinet Luz habe gestern Abend seine Demission eingereicht, welche spätestens heute dem Prinz-Regenten unterbreitet werden soll.

Petersburg, 2. Juli. Relidow ist hier eingetroffen und begiebt sich, dem „Journal de St. Pétersbourg“ zufolge, in etwa zehn Tagen nach Konstantinopel zurück.

Cours-Blatt.

Breslau, 2. Juli 1886.

4. Breslau, 2. Juli. [Von der Börse.] Die ge-trrige Berliner Börse gab Anstoss zu einem bedeutenden Rückgange auf den meisten Gebieten. Das heutige Wien debutirte gleichfalls mit recht flauen Notizen und naturgemäß bewegte sich auch unser Verkehr auf bedeutend ermäßigtem Niveau. Namentlich verstimmt Abgaben in Credit und Russen von guter Seite, wodurch auch für andere Werthe zeitweilig drängendes Angebot hervorgerufen wurde. Der äusserste Schluss gestaltete sich etwas freundlicher. Per ultimo Juli (Course von 11 bis 1¼ Uhr): Mainz-Ludwigshafen 97½ Gd., Ungar. Goldrente 85½—85 bez., Russ. 1880er Anleihe 87½ bis 87 bez., Russ. 1884er Anleihe 99, Oesterr. Credit-Actien 448½ bis 446½, Vereinigte Königs- und Laurahütte 68½—67 7/8—68½, Russ. Noten 198½ bez., Türken 15½ bez., Egypter 72¼—1/8 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Berlin, 2. Juli, 11 Uhr 55 Min. Credit-Actien 447, —, Disconto-Commandit —, —, Ruhig.

Berlin, 2. Juli, 12 Uhr 30 Min. Credit-Actien 446, 50. Staatsbahn 366, —, Lombarden 185, —, Laurahütte 68, 30. 1880er Russen 87, 20. Russ. Noten 198, 20. 4proc. Ungar. Goldrente 10, 1884er Russen 99, 50. Orient-Anleihe II. 61, 40. Mainzer 97, 50. Disconto-Commandit 205, 10. 4proc. Egypter 72, 25. Schwach.

Wien, 2. Juli, 10 Uhr 10 Min. Credit-Actien 278, 25. Ungar. Credit-Actien —, —, Staatsbahn —, —, Lombarden —, —, Galizier —, —, Oesterr. Papierrente —, —, Marknoten 61, 85. Oesterr. Goldrente —, —, 4½ Ungar. Goldrente 105, 95. Ungar. Papierrente —, —, Elbthalbahn —, —, Besser.

Wien, 2. Juli, 11 Uhr 10 Min. Credit-Actien 277, 90. Ungar. Credit —, —, Staatsbahn 228, 10. Lombarden 114, 50. Galizier 187, 25. Oesterr. Papierrente 85, 27. Marknoten 61, 90. Oesterr. Goldrente —, —, 4½ ungarische Goldrente 105, 85. Ungar. Papierrente 94, 85. Elbthalbahn 162, 75. Schwach.

Frankfurt a. M., 2. Juli. Mittags. Credit-Actien 222, 62. Staatsbahn 183, 25. Galizier —, —, Schwach. Paris, 2. Juli, 3½ Rente 83, —. Neueste Anleihe 1872 110, 60. Italiener 101, 70. Staatsbahn —, —, Lombarden —, —, Neue Anleihe von 1886 82, 40. Schwach.

London, 2. Juli. Consols 101, 25. 1873er Russen 98, 50. Wetter: Schön.

Wien, 2. Juli. [Schluss-Course.] Schwankend. Cours vom 2. 1. 1. 1880er Loose — — — — — 1884er Loose — — — — — Credit-Actien — 277 70 — 278 50 — — — — — Ungar. do. — — — — — Anglo — — — — — St.-Eis.-A.-Cert. 229 50 — 224½ ex. — — — — — Lomb. Eisenb. 114 50 — 114 75 — — — — — Galizier — 187 50 — 187 25 — — — — — Napoleonsd'or. 9 85 — 9 99 — — — — — Marknoten — 61 92 — 61 90 — — — — —

Eisenbahn-Stamm-Actien.		Cours vom 2. 1.	
Mainz-Ludwigshaf.	97 60	97 50	
Galiz. Carl-Ludw.-B.	76 20	75 90	
Gotthard-Bahn.	106 20	—	
Warschau-Wien.	266 60	262 —	
Lübeck-Büchen.	158 60	158 40	
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		Cours vom 2. 1.	
Breslau-Warschau.	68 10	68 10	
Ostpreuss. Südbahn	119 50	118 10	
Bank-Actien.		Cours vom 2. 1.	
Bresl. Discontobank	89 80	89 90	
do. Wechselbank	102 70	101 90	
Deutsche Bank	157 50	158 —	
Disc.-Command. ult.	205 20	205 50	
Oest. Credit-Anstalt	447 —	447 —	
Schles. Bankverein	104 30	104 40	
Industrie-Gesellschaften.		Cours vom 2. 1.	
Bresl. Bierbr. Wiesner	89 50	90 —	
do. do. St.-Pr.-A.	—	—	
do. Eisenb.-Wagenb.	105 70	106 50	
do. verein. Oelfabr.	61 50	61 50	
Hofm. Waggonfabrik	—	—	
Oppeln. Portl.-Cem.	—	—	
Schlesischer Cement	117 75	117 75	
Bresl. Pflasterbahn.	132 70	132 —	
Erdmannsdorf. Spinnr.	71 —	72 —	
Kramsta Leinen-Ind.	129 20	129 50	
Schles. Feuerversich.	—	1555 —	
Bismarckhütte	104 50	104 50	
Donnersmarckhütte	30 50	30 50	
Dortm. Union St.-Pr.	41 70	42 50	
Laurahütte	69 —	68 50	
do. 4½ Oblig.	101 —	101 —	
Görl. Eis.-Bd. (Luders)	105 —	104 50	
Oberschl. Eisb.-Bed.	29 50	29 70	
Schl. Zinkh. St.-Act.	120 20	120 50	
do. St.-Pr.-A.	124 50	123 —	
Knoweritz. Steinsalz.	28 —	28 30	
Inländische Fonds.		Cours vom 2. 1.	
Deutsche Reichsanl.	106 30	106 30	
Preuss. Pr.-Anl. de 55	142 10	142 10	
Preuss. 4½ cons. Anl.	105 60	105 60	
Prss. 3½ cons. Anl.	103 40	103 40	
Privat-Discount 2½.		Cours vom 2. 1.	
Amsterdam 8 T.	—	168 70	
London 1 Letzl. 8 T.	—	20 36½	
do. 1 „ 3 M.	—	20 31½	
Paris 100 Frcs. 8 T.	—	80 60	
Wien 100 Fl. 8 T.	161 20	161 20	
do. 100 Fl. 2 M.	160 40	160 40	
Warschau 100 Rbl. 8 T.	198 20	197 95	

Berlin, 2. Juli, 3 Uhr 5 Min. [Dringl. Origin.-Dageshe der Breslauer Zeitung.] Still.		Cours vom 2. 1.	
Oesterr. Credit. ult.	447 —	447 —	
Disc.-Command. ult.	205 12	205 62	
Franzosen. ult.	370 50	366 50	
Lombarden. ult.	186 50	186 —	
Conv. Türk. Anleihe	15 —	15 12	
Ansbek-Büchen. ult.	158 —	158 25	
Egypter. ult.	72 25	72 37	
Marienb.-Mlawka ult.	44 50	44 50	
Ostpr. Südb.-St.-Act.	78 87	—	
Serben. ult.	—	—	
Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.		Cours vom 2. 1.	
Breslau-Freib. 4 ½.	102 50	102 40	
Oberschl. 3½ ½ Lit. E.	100 50	100 90	
do. 4½.	—	102 40	
do. 4½ ½ 1879	106 30	106 50	
R.-O.-U.-Bahn 4½ II.	—	—	
Mähr.-Schl.-Cfr.-B.	58 10	58 —	
Ausländische Fonds.		Cours vom 2. 1.	
Italienische Rente.	100 40	100 40	
Oest. 4½ Goldrente	94 90	94 80	
do. 4½ ½ Papier.	68 10	68 37	
do. 4½ ½ Silber.	69 60	69 50	
do. 1880er Loose	118 60	118 50	
Poln. 5½ Pfandbr.	62 80	62 70	
do. Liqn.-Pfandbr.	57 20	57 40	
Rum. 5½ Staats-Obl.	96 50	96 40	
do. 6½ do. do.	107 —	107 —	
Russ. 1880er Anleihe	87 50	87 70	
do. 1884er do.	100 —	100 —	
do. Orient-Anl. II.	61 70	61 70	
do. Bod.-Cr.-Pfrb.	98 80	98 60	
do. 1883er Goldr.	113 20	114 —	
Türk. Consols conv.	15 —	15 2½	
do. Tabaks-Actien	78 20	78 20	
do. Loose.	32 80	32 40	
Ung. 4½ Goldrente	85 40	85 50	
do. Papierrente	76 70	76 50	
Serbische Rente	81 50	81 70	
Banknoten.		Cours vom 2. 1.	
Oest. Bankn. 100 Fl.	161 45	161 45	
Russ. Bankn. 100 Rbl.	198 30	198 —	
do. per ult.	198 20	198 50	
Wechsel.		Cours vom 2. 1.	
Amsterdam 8 T.	—	168 70	
London 1 Letzl. 8 T.	—	20 36½	
do. 1 „ 3 M.	—	20 31½	
Paris 100 Frcs. 8 T.	—	80 60	
Wien 100 Fl. 8 T.	161 20	161 20	
do. 100 Fl. 2 M.	160 40	160 40	
Warschau 100 Rbl. 8 T.	198 20	197 95	

Producten-Börse.

Berlin, 2. Juli, 12 Uhr 30 Min. [Anfangs-Course.] Weizen (gelber) Juli-August 145, 50. Septbr.-Oct. 149, —. Roggen Juli-August 128, 50. Septbr.-Oct. 130, —. Rüböl Juli-August 42, 40. Sept.-Oct. 42, 30. Spiritus Juli-August 37, 20. Septbr.-October 38, 40. Petroleum Septbr.-Oct. 22, 30. Hafer Juli-August 123, —.

Berlin, 2. Juli. [Schlussbericht.]		Cours vom 2. 1.	
Weizen. Besser.			
Juli-August	145 75	144 75	
Septbr.-October	149 —	148 50	
Roggen. Fester.			
Juli-August	128 50	128 25	
Septbr.-October	130 50	130 —	
Octbr.-November	131 25	130 50	
Hafer.			
Juli-August	123 —	123 —	
Septbr.-October	121 —	121 —	
Stettin, 2. Juli. — Uhr — Min.		Cours vom 2. 1.	
Weizen. Unveränd.			
Juli-August	154 50	154 —	
Septbr.-October	154 —	154 —	
Roggen. Unveränd.			
Juli-August	126 —	126 —	
Septbr.-October	127 50	127 —	
Petroleum.			
loco	10 85	10 85	

* Russische Finanzen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrugen im russischen Staatshaushalte die 1886 gegen 1885: Ordentlichen Einnahmen Rbl. 146 182 509 — 143 047 029. Ausserordentl. „ 17 386 987 — 2 016 327. Zusammen „ 163 569 496 — 12 288 352. Ausgaben „ 192 841 049 — 18 149 069. Wir bemerken hierzu, dass die directen Steuern einen Rückgang von 12 886 031 Rbl. auf 7 913 609 Rbl. aufwiesen, während die neue 5procentige Capitalrentensteuer 3 819 200 Rbl. erbrachte.

Verantwortlich: f. d. politischen und allgemeinen Theil: J. Seckles; f. d. Feuilleton: Karl Vollrath; f. d. Inseratentheil: Oscar Maltzer; sämmtlich in Breslau. Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.